



Genug angespart. Arbeitszeitkonten-Rückgabe – jetzt! 8. Mai Hannover - Wir kommen zur Anhörung

Gemeinsam: GEW – Lehrerverbände des DBB – bisher Unorganisierte

**Damit unsere Demonstration ein größtmöglicher Erfolg wird:
Die letzten Tage nutzen, unentschiedene Kolleginnen und
Kollegen mitnehmen!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die gemeinsame Pressekonferenz der GEW mit den Lehrerverbänden des DBB hat ein enormes Presseecho im Lande ausgelöst. Das ist ein deutliches Signal, dass alle gemeinsam demonstrieren wollen, unabhängig von bildungspolitischen Differenzen. In der Tat ein Novum in Niedersachsen. Unsere Botschaft kam an: Die Lehrerinnen und Lehrer lassen es nicht zu, dass ihnen die Landesregierung die von ihnen in 10 Jahren geleisteten unentgeltlichen Überstunden stiehlt. Immerhin ein Gegenwert von 825 Millionen €. In der Öffentlichkeit findet die Regierung kein Verständnis dafür, dass der Ausgleich der Überstunden auf den St. Nimmerleinstag bis vor die Pension verschoben wird.

Der Erwartungsdruck auf die Regierung ist groß, dass sie die Kraft aufbringt, die Änderung der Arbeitszeitordnung zurückzuziehen. Innerhalb der Koalition ist ein Umdenken in Gang. Der Beschluss des FDP-Parteitages geht in die richtige Richtung. Er fordert, dass der Rechtsanspruch der Lehrerinnen und Lehrer zu den derzeit gültigen Bedingungen erhalten bleibt. Die Frage wird öffentlich gestellt, auch von Journalisten, die der Regierung nahe stehen: Warum korrigieren Ministerpräsident Wulff und Kultusministerin Heister-Neumann nicht eine Regierungsentscheidung, die seiner Regierung so viel dauerhaften Ärger einhandelt?

Wir wissen nicht, was die Regierungsfraktionen in der letzten Woche auf Wangerooge beschlossen haben. Frau Heister-Neumann hat angekündigt, sie wolle vor einer öffentlichen Aussage das Ergebnis der Anhörung am 8. Mai abwarten. DGB und DBB sind an diesem Tage um 14.00 Uhr zur Erörterung der Arbeitszeitordnung ins Kultusministerium geladen. Auch wenn es angeblich gut Informierte andeuten: Es ist bislang nicht erkennbar, ob die Regierung auf die FDP-Linie einschwenkt.

Wir kommen zur Anhörung! Wir kommen mit so vielen und so laut, dass Ministerin und Ministerpräsident nicht mehr weghören können. Wir müssen unser Gewicht voll in die Waagschale werfen, damit wir bei der Rückzahlung der Arbeitszeitkonten unseren Rechtsanspruch ohne Abstriche behalten und damit dieser auch rechtssicher wird.

Es geht aber auch um mehr.

Wenn folgende Parameter nicht festgeschrieben werden, könnte die Regierung jede Rechtssicherheit unterlaufen:

- ♦ Ausschluss jeder Erhöhung der Arbeitszeit
- ♦ Keine Heraufsetzung des geltenden Pensionseintrittsalters

Wenn es nicht genug zusätzliche Neueinstellungen und kein gutes Programm zur Gewinnung von Nachwuchs gibt, wird die auch von der Kultusministerin eingestandene gegenwärtige Notlage der Unterrichtsversorgung und die unerträgliche Überlastung der Lehrkräfte fortgeschrieben. Vor diesem Problem dürfen sich Wulff und sein Kabinett nicht länger wegducken. Das verlangt haushaltspolitische Entscheidungen.

- ♦ Erhalt aller bisherigen Stellen
- ♦ mindestens 2.000 zusätzliche Stellen
- ♦ Programm zur Sicherung des Nachwuchses
 - Erhöhung der Zahl der Seminarplätze für alle Bewerber in Niedersachsen
 - attraktive Bezahlung der Referendare und Berufsanfänger, um Abwanderung in die Nachbarländer zu verhindern
 - Maßnahmen zur kurzfristigen Sicherung des Fachkräftebedarfs
 - finanzielle Anreize zum Nachstudium dringender benötigter Fächer für arbeitslose, voll ausgebildete Lehrkräfte
 - Bezahlung der Feuerwehrlehrkräfte auch in den Sommerferien - wie in anderen Bundesländern
 - Einstellung aller Berufsanfänger als Beamte

Liebe aktive GEW-Mitglieder,

nach den vorläufigen Anmeldungen ist erkennbar, dass es eine große Demonstration wird. Allerdings sind die Mobilisierungspotentiale noch nicht ausgeschöpft.

Bitte nutzt die letzten Tage vor dem 8. Mai, um Kolleginnen und Kollegen anzusprechen, die noch unentschieden sind. Geht verstärkt auf die Jüngeren, auf die Nichtorganisierten zu, die bisher noch nicht an Aktionen teilgenommen haben. Nehmt ihnen die Angst, dass sie bei solidarischem Handeln Nachteile für ihre berufliche Entwicklung haben.

An vielen Orten fahren die Busse so rechtzeitig ab, dass die Teilnehmer auch schon bei der Kundgebung vor dem Kultusministerium um 14.00 ankommen.

Deshalb noch eine Bitte: Sprecht mit den Schulleitungen, wo dies nötig ist. Die meisten stehen doch an der Seite ihrer Kollegien. Sie haben die Möglichkeit, schulinterne Lösungen zu finden. Keine eigenverantwortliche Schulleiterin, kein eigenverantwortlicher Schulleiter muss bei der Behörde nachfragen, wenn Flexi-Stunden ausgeglichen werden. Aus der Schulbehörde kommen Signale, dass jede Eskalation von oben als unerwünscht gilt. Alles andere wäre für das MK auch töricht.

Im Übrigen: Niemand kann gehindert werden, zur Demonstration zu kommen. Wir wissen von Kolleginnen und Kollegen, die ihrer Schulleitung mitteilen, dass sie am 8. Mai Überstunden aus dem Arbeitszeitkonto zurückholen. Diese sollen aus dem Arbeitszeitkonto abgerechnet werden, das in der Schule geführt wird.

Falls es im Zusammenhang mit der so geregelten Teilnahme an der Demonstration nachträglich doch Probleme geben sollte. Es ist bekannt, dass die GEW kein Mitglied im Regen stehen lässt. Wer jetzt noch kein Mitglied ist, kann es werden. Dazu startet die GEW Niedersachsen im Mai eine Werbekampagne.

Mit kollegialen Grüßen und bis bald in Hannover



Eberhard Brandt